

Anlage zur Mitteilungsvorlage an die Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am  
7.12.2011

Konzeption

**Gedenkstätte Lindenstraße 54/55  
für die Opfer politischer Gewalt  
im 20. Jahrhundert**

**Erstellt bzw. mitgewirkt haben:**

Dr. Hans-Hermann Hertle  
Dr. Thomas Schaarschmidt  
Gabriele Schnell  
Thomas Wernicke

für die Prüfung des Trägermodells:  
Claudia von Prietz

Potsdam, 14. September 2011

# **Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert**

Gliederung	Seite
I. Geschichte und Auftrag	4
I.1. Profil	5
I.2. Zielgruppen	6
I.3. Aufgaben	7
II. Kooperationen	9
II.1. Wissenschaftliche Kooperation mit dem ZZF	9
II.2. Unterstützung durch bürgerschaftliche Vereine	10
II.3. Zusammenarbeit mit der Schülerprojektwerkstatt	10
II.4. Zusammenarbeit mit dem BStU	10
II.5. Lokale, regionale, nationale und internationale Vernetzung	10
III. Wissenschaftlicher Beirat	13
IV. Betreibermodell	14
IV.1. Prüfung des Trägermodells	14

## I. Geschichte und Aufgabe

Die "Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" ist der einzige authentische Gedenk- und Erinnerungsort im Land Brandenburg und in der Bundesrepublik, der sowohl die Geschichte der beiden aufeinander folgenden, unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland von 1933 bis 1989 als auch die Überwindung der SED-Diktatur in der friedlichen Revolution des Jahres 1989/90 widerspiegelt.

Mitten im Stadtzentrum Potsdams gelegen, kombiniert die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 die Authentizität des Ortes mit der Exemplarität seiner Gesamtgeschichte von politischer Verfolgung und Diktaturüberwindung und ist deshalb sowohl der zentrale Gedenkort in der brandenburgischen Landeshauptstadt als auch ein einzigartiger Lernort der Demokratie.

Als Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort hat die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 den Auftrag,

(1) die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihrer Opfer, die in diesem Haus aus rassistischen und politischen Gründen in drei Verfolgungsperioden - der NS-Zeit, der sowjetischen Besatzungszeit und der SED-Diktatur - von einer willfährigen politischen Justiz zu hohen Haftstrafen oder zum Tod verurteilt wurden, zu erforschen und zu dokumentieren sowie die Tätigkeit des Potsdamer Erbgesundheitsgerichts im Rahmen der NS-Eugenik aufzuarbeiten, den Einsatz für Freiheit und Menschenrechte biografisch zu veranschaulichen und zu würdigen und das Gedenken an das menschliche Leid der Verfolgten und Opfer wach zuhalten;

(2) die Geschichte der friedlichen Revolution der Jahre 1989/90 im Land Brandenburg - ihrer Voraussetzungen, Hintergründe, Ereignisse und Akteure - zu erforschen und zu dokumentieren, und

(3) die Besucher der Gedenkstätte und die Öffentlichkeit durch Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen über die Formen und Folgen politischer Verfolgung und Repression in der NS- und SBZ-/DDR-Diktatur, Widerstand und Opposition sowie die friedliche Revolution 1989/90 und den erfolgreichen Kampf für Freiheit und Demokratie zu informieren.

Die Realisierung dieses Auftrages orientiert sich an der Prämisse, die NS-Verbrechen durch die Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und des Unrechts in der DDR nicht zu relativieren, letztere jedoch mit Hinweis auf die Dimension der NS-Verbrechen auch nicht zu bagatellisieren (Prof. Dr. Bernd Faulenbach; siehe auch: LT Brandenburg, Drs. 4/7529).

Der Auftrag der Gedenkstätte verfolgt das Ziel, "den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu festigen und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu stärken." (BT-Drs. 16/9875 vom 19.6.2008)

## I.1. Profil

Wie kein anderer Gedenk- und Erinnerungsort in der Bundesrepublik steht die Potsdamer "Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" für die Kontinuität politischer Verfolgung und Gewalt in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts – aber auch für den Sieg der Demokratie in der friedlichen Revolution 1989/90.

- 1734 bis 1737 als Wohnhaus errichtet, erlebte das barocke Stadtpalais in den ersten 200 Jahren eine wechselvolle Geschichte - vom preußischen Kommandantenhaus zum französischen Pferdelazarett, vom Sitz des ersten Potsdamer Stadtparlaments bis hin zum Gerichtsgebäude und Gefängnis.
- Während der nationalsozialistischen Diktatur wurde das Amts- und Landgericht im Zuge der Radikalisierung der NS-Rechtsprechung zu einem integralen Bestandteil des Repressionsapparates. Von 1933 bis 1945 waren hier Verfolgte des Nazi-Regimes inhaftiert, darunter während des Zweiten Weltkrieges mehr als 800 Zwangsarbeiter aus 23 Nationen und zahlreiche Mitglieder von Widerstandsgruppen, die in Potsdam vom Volksgerichtshof verurteilt wurden, nicht wenige zum Tod.  
Von 1934 bis 1944 wurde das Gerichtsgebäude vom Potsdamer Erbgesundheitsgericht genutzt, das auf der Grundlage des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" mehr als 4.200 Frauen und Männer zur Zwangssterilisation verurteilte.
- Im Sommer 1945 beschlagnahmte der sowjetische Geheimdienst den Gerichts- und Gefängnis-Komplex und nutzte ihn während der folgenden sieben Jahre als zentrales geheimdienstliches Untersuchungsgefängnis für das Land Brandenburg. "Unter Berufung auf die von den Alliierten vereinbarten Maßnahmen zur Entnazifizierung setzte die sowjetische Besatzungsmacht mit der Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Gegner ihren diktatorischen Herrschaftsanspruch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durch." (LT Brandenburg, Drs. 4/7529) Mehrere Tausend Frauen und Männer wurden unter unmenschlichen Bedingungen monatelang inhaftiert und verhört und auf der Basis von erpressten Geständnissen an diesem Ort von sowjetischen Militärtribunalen zu langjährigen Haft- und Lagerstrafen oder zum Tod verurteilt.
- 1952 wurde das Gefängnis an das Ministerium für Staatssicherheit der DDR übergeben, das hier seine Untersuchungshaftanstalt für den Bezirk Potsdam einrichtete. In dem vom Volksmund "Lindenhotel" genannten Gefängnis waren bis 1989 annähernd 7.000 Frauen und Männer den menschenrechtswidrigen Haftbedingungen und Verhörmethoden der Stasi schutzlos ausgesetzt.
- Erst die friedliche Revolution erzwang im Oktober 1989 das Ende von Inhaftierungen aus politischen Gründen. Als die Massendemonstrationen im Herbst 1989 die Machtstrukturen in der DDR erschütterten, gab die Stasi das "Lindenhotel" auf. Anfang 1990 übernahmen die demokratischen Parteien und Bewegungen aus der Stadt und dem Bezirk Potsdam das einstige Gerichtsgebäude als ihr erstes Arbeitsdomizil - aus einem "Haus des Terrors" wurde ein "Haus der Demokratie".

Das demokratische Engagement, welches sich an diesem Ort nun organisatorisch konzentrierte, trug wesentlich zur Abwahl der SED bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 bei und ermöglichte die deutsche Einheit.

Der Aufbau der Dauerausstellung orientiert sich an den beschriebenen Zeitschichten. Dabei liegt der Schwerpunkt gegenwärtig auf den Epochen nach dem Zweiten Weltkrieg (SMT und sowjetisches Geheimdienstgefängnis, Untersuchungshaftanstalt des MfS, friedliche Revolution). 2011 konnte der Öffentlichkeit das Modul "1734-1933: Vorgeschichte" sowie ein Teilmodul zum Thema "Republikflucht" als Haftgrund im Rahmen der Ausstellung zur MfS-Untersuchungshaftanstalt übergeben werden.

Im Jahr 2012 wird als letzte Komponente der Ausstellungsteil über den Potsdamer Gerichts- und Haftort in der NS-Zeit realisiert. Die Eröffnung ist als Beitrag des Gedenkens in Potsdam und Brandenburg an den 80. Jahrestag der nationalsozialistischen "Machtergreifung" für den 30. Januar 2013 vorgesehen.

## I.2. Zielgruppen

Die Dauerausstellung und das Angebot der politischen Bildung und historischen Information der Gedenkstätte richten sich insbesondere an

- Bürger aus der Region Brandenburg-Berlin,
- Schüler und Lehrer aus der Region Brandenburg-Berlin und Deutschland (Brandenburger Schüler auch über die Projektwerkstatt),
- Touristen aus Deutschland,
- Touristen aus dem Ausland,
- Bildungsreisende (z. B. gegenwärtig Reisegruppen des Bundespresseamtes),
- Bildungseinrichtungen (darunter gegenwärtig: Bundeswehr, deutsche und ausländische Universitäten, Sommer-Universitäten und -Akademien, Bildungsvereine aus Deutschland und dem Ausland, parteinahe Stiftungen),
- Studenten,
- ehemalige Häftlinge des sowjetischen Geheimdienst- und Stasi-Untersuchungsgefängnisses sowie deren Angehörige,
- Akteure der friedlichen Revolution aus Potsdam und Brandenburg.

Die heterogene Struktur der Zielgruppen erfordert grundsätzlich ein breit gefächertes Führungs-, Bildungs- und Informationsangebot, das gleichermaßen Kurzbesuchern entgegenkommt, differenzierte biografische Zugänge ermöglicht und Interessen an thematischen Vertiefungen gerecht wird.

Durch Audioguides wird zukünftig die Mehrsprachigkeit des Angebotes zu gewährleisten sein, da Potsdam mit seinen Schlössern und Gärten ein Ort des internationalen Tourismus ist und zeitgeschichtliche Bildungsreisen ein wachsendes Segment auch des themenorientierten, internationalen Tourismusmarktes in der Region Brandenburg-Berlin darstellen.

Im Hinblick auf die fortschreitende Abnahme der Zahl von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung erhält die pädagogische Vermittlung der historischen Themen einen Bedeutungszuwachs, dem die Arbeit der Gedenkstätte in Zusammenarbeit mit der Schülerprojektwerkstatt gerade im Hinblick auf die schulischen und studentischen Zielgruppen verstärkt Rechnung tragen muss.

### I.3. Aufgaben

- Komplettierung der Dauerausstellung (Umsetzung des NS-Moduls im Jahr 2012)
- Pflege und Ausbau der Medienstationen
- Organisation und Akquirierung von Sonderausstellungen
- Sammlung und Inventarisierung von Exponaten
- Bewahrung und Pflege der Authentizität des Gebäudes
- Führungen durch qualifizierte Gedenkstättenreferenten
- Erarbeitung fremdsprachiger Audioguides
- Konzeptionelle Entwicklung und Realisierung zielgruppenspezifischer Angebote der politischen Bildung (insbesondere Schüler- und Studentenprojekte, Projekte in der Erwachsenenbildung, Kooperationsprojekte mit den Gedenkstätten Leistikowstraße und Cecilienhof, Kooperationsprojekte mit LAKD Brandenburg und den Opferverbänden)
- Erarbeitung moderner Unterrichts- und Lernmaterialien in Zusammenarbeit mit der Schülerprojektwerkstatt, dem LISUM Berlin-Brandenburg und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung
- Unterstützung der historischen Stadtrallye "Ein Tag in Potsdam – Auf den Spuren der DDR" des HBPB, der SPSG und der Schülerprojektwerkstatt
  
- Weiterführung der Forschungs- und Dokumentationsarbeiten, u.a.
  - Geschichte des Volksgerichtshofes und seiner Senate in Potsdam
  - Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichts
  - Tätigkeit der SMT; Weiterentwicklung der Häftlings-Datenbank
  - Widerstand und Opposition, Flucht und Ausreise im Bezirk Potsdam (1949-1989)  
"Bearbeitungs"-Techniken der Stasi in OPK/OV und während der Untersuchungshaft
  - Erhebung und Dokumentation von Häftlingsberichten und -schicksalen (Schwerpunkt der nächsten fünf Jahre: Zeitraum als sowjetisches Geheimdienstgefängnis und Stasi-Gefängnis der 1950-er Jahre)
  
- Beratung und Betreuung Betroffener in Zusammenarbeit mit der LAKD und dem BStU
- Weiterführung der Veranstaltungsreihe "Menschen unter Diktaturen" in Zusammenarbeit mit dem ZZF und weiteren Kooperationspartnern: Fachvorträge, Zeitzeugengespräche, Podiumsdiskussionen, Filme, Theater, Musik, Lesungen
- Fortführung der jährlichen Organisation eines "Tages der offenen Tür" am 3. Oktober

- Einbeziehung ehemals Verfolgter und der Opferverbände in die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Gedenkstätte – Organisation von Begegnung und Gedankenaustausch ehemaliger Verfolgter (jährliches Symposium)
- Engere Vernetzung mit der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße und dem Schloss Cecilienhof und Schaffung eines Verweissystems, das auf den engen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem Schloss als Ort der Potsdamer Konferenz und den beiden ehemaligen Gefängnissen in der Leistikowstraße und der Lindenstraße hinweist
- Entwicklung einer Gedenkstätten-Website
- Weiterbildung publizistischer Multiplikatoren
- Fortbildung der Gedenkstättenmitarbeiter



## II. Kooperationen

### II.1. Wissenschaftliche Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der verschiedenen Geschichtsepochen der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 findet seit dem Jahr 2002 unter der Leitung des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) statt. Auf Initiative der Gedenkstättenbeauftragten und des ZZF wurden seither Forschungs-, Dokumentations- und Ausstellungsprojekte in der Trägerschaft von ZZF und Potsdam Museum sowie der Fördergemeinschaft "Lindenstraße 54" zu den einzelnen Zeitschichten des historischen Ortes mit Hilfe von Drittmittelprojekten verwirklicht.

So wurden in diesen Jahren sukzessive die geschichtlichen Epochen als sowjetisches Geheimdienst- (1945-1952) und als Stasi-Untersuchungsgefängnis (1952-1989) sowie als "Haus der Demokratie" (1990) erforscht und dokumentiert und anschließend Ausstellungen realisiert, die in den Jahren 2007, 2010 und 2011 umgesetzt und mit überwältigender Beteiligung der Öffentlichkeit und starker Medienresonanz eröffnet wurden.

Gefördert wurden diese Projekte maßgeblich durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Europäische Union sowie durch Kulturland Brandenburg, die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, die Fördergemeinschaft "Lindenstraße 54" und den Verein der Förderer und Freunde des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Der weiteren Erforschung der Geschichte der Potsdamer Lindenstraße 54/55 als sowjetisches Geheimdienst- und Stasi-Untersuchungsgefängnis (1945-1989) sowie der Geschichte des Zusammenbruchs und der Überwindung der SED-Diktatur im Bezirk Potsdam mit der Lindenstraße 54/55 als Sitz der demokratischen Gruppierungen und Parteien im Januar 1990 dient darüber hinaus ein aktuelles Kooperationsprojekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Universität Potsdam ("Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie - Zur Geschichte der Potsdamer Lindenstraße 54/55 als sowjetisches Geheimdienst- und Stasi-Untersuchungsgefängnis und als Ort der Überwindung der SED-Diktatur"). Das Projekt wird vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg im Zeitraum von 2010 bis 2012 gefördert.

Die Höhe der seit 2002 von der Gedenkstättenbeauftragten und dem ZZF eingeworbenen Drittmittel für den Ausbau der Gedenkstätte beläuft sich auf mehr als 2.000.000 Euro.

In den Jahren 2011 und 2012 stehen mit den eingeworbenen Drittmitteln von MWFK (PMO-Projekt) und BKM/MWFK (NS-Projekt) investive Mittel für die bauliche Fertigstellung der Gedenkstätte, für die Fertigstellung und Erweiterung der NKWD/SMT- und Stasi-Ausstellungsmodule sowie für die Erarbeitung und Realisierung der NS-Ausstellung zur Verfügung.

## II.2. Unterstützung der Gedenkstätte durch bürgerschaftliche Vereine

Mit der "Fördergemeinschaft Lindenstraße 54" und dem "Verein zur Förderung der Schülerprojektwerkstatt e.V." unterstützen und begleiten zwei bürgerschaftliche Vereine die Arbeit und weitere Entwicklung der Gedenkstätte.

## II.3. Zusammenarbeit mit der Schülerprojektwerkstatt des brandenburgischen Ministeriums für Jugend, Bildung und Sport

Die vom brandenburgischen Ministerium für Jugend, Bildung und Sport (MJBS) finanzierte Stelle einer Gedenkstättenlehrerin und die daran angebundene Schülerprojektwerkstatt ist integraler Bestandteil der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Für deren Finanzierung, Unterhalt und Betreuung ist das MJBS zuständig.

Die Nutzung von Räumlichkeiten und die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte werden im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam als Trägerin der Gedenkstätte und dem MJBJS geregelt.

## II.4. Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (BStU)

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) bietet in der Gedenkstätte öffentliche Sprechstunden für politisch Verfolgte und für die Antragstellung zur Einsichtnahme in die Stasi-Akten an. Der zeitliche Umfang dieser Beratungstätigkeit und die Nutzung von Räumen sind Gegenstand einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam als Trägerin der Gedenkstätte und dem BStU.

## II.5. Lokale, regionale, nationale und internationale Vernetzung

Als Ort "mehrfacher" Vergangenheit ist die Arbeit der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 in hohem Maße an dem inhaltlichen und fachlichen Austausch mit den Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Museen für die Zeit des Nationalsozialismus, die Zeit der SBZ/DDR und der friedlichen Revolution 1989/90 ebenso wie mit der fachwissenschaftlichen Forschung und Didaktik orientiert.

Neben der Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung und der Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Schülerprojektwerkstatt pflegt die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 seit dem Beginn der Erarbeitung und Umsetzung der Ausstellungsmodule zur NKWD/SMT- und Stasi-Zeit eine

enge Kooperation mit der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion.

Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 arbeitet darüber hinaus mit der Beauftragten des Landes Brandenburg für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, zusammen und ist über den "Arbeitskreis Zeitgeschichte in Potsdam" lokal und regional mit Einrichtungen vernetzt, deren Tätigkeiten mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und der Stadt Potsdam vom Museumsverband des Landes Brandenburg koordiniert werden.

Auch im Arbeitskreis "Zusammenarbeit Berliner und Brandenburgischer Gedenkstätten aus der NKWD- und SED-Phase", der vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit, organisiert und geleitet wird, sind die Gedenkstätte und das ZZF gleichermaßen vertreten, das ZZF ebenfalls in dem Arbeitskreis "Zusammenarbeit Berliner und Brandenburgischer NS-Gedenkstätten", den Prof. Dr. Günter Morsch, der Direktor der Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten, einberuft.

Ein im Oktober 2010 in der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 veranstalteter Workshop zum Thema "Stasi-Untersuchungshaftanstalten – Forschung und Gedenken" hat zu dem in der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 19. Juni 2008 (BT-Drs. 16/9875) angeregten Erfahrungsaustausch und dem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Gedenkstätten in den früheren Stasi-Haftanstalten beigetragen. Durch Folge-Workshops wird die weitere Vernetzung vorangetrieben. Einbezogen sind bislang insbesondere die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle, die Gedenkstätte „Bautzen II“, die Gedenkstätte „Museum Runde Ecke“ in Leipzig, die Gedenkstätte „Bautzner Straße“ in Dresden, die Gedenkstätte „Moritzplatz“ in Magdeburg und die Gedenkstätte „Andreasstraße“ in Erfurt.

Auf überregionale Kooperation und Synergieeffekte zielt ein weiteres, von der Bundesstiftung Aufarbeitung seit 2008 gefördertes Kooperationsprojekt des ZZF, des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten ab, das erstmals auf eine systematische Dokumentation der Todesurteile der Sowjetischen Militärtribunale von 1945 bis 1947 gerichtet ist und im Jahr 2012 abgeschlossen wird. Die Ergebnisse dieses Projektes sind nicht nur für die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, sondern für alle gleichartigen Gedenkstätten von Interesse.

Aus den zurückliegenden Forschungs-, Dokumentations- und Ausstellungsprojekten haben sich enge Kooperationsbeziehungen der Gedenkstätte und des ZZF mit folgenden Einrichtungen herausgebildet:

dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv (Bornim), dem Bund der "Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. (Detmold), dem Bundesarchiv (Berlin), der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen/Abteilung Bildung und Forschung, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Berlin), dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (Potsdam), der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz (Berlin), dem Deutsch-Russischen Museum Karlshorst, der Robert-Havemann-Gesellschaft (Berlin), der Stiftung Berliner Mauer, der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Oranienburg), der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Dresden), der

Stiftung Topographie des Terrors (Berlin), der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" (Berlin), der Technischen Universität Berlin/Zentrum für Antisemitismusforschung, der Humboldt-Universität zu Berlin/Institut für Geschichtswissenschaften (Prof. Dr. Michael Wildt, Lehrstuhl Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus) sowie dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide.

Auf internationalem Gebiet waren in diesem Zusammenhang besonders die Kooperationsbeziehungen des ZZF mit folgenden Einrichtungen wertvoll:

Inimsusevastaste Kuritegude Uurimise Eesti Sihtasutus (IKUES)/Estonian Foundation for the Investigation of Crimes Against Humanity, Tallinn (Dr. Meelis Maripuu), Fundacja "Krzyżowa" dla Porozumienia Europejskiego Miejsce Pamięci/Gedenkstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung (Dr. Annemarie Franke), Terror Haza/Haus des Terrors, Budapest (Prof. Dr. Maria Schmidt), Memorial, Moskau (Nikita Petrov, Arseny Roginsky), Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, v.v.i./Institut für Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Prag (Dr. Oldrich Tuma), Az 1956-os Magyar Forradalom Történetének Dokumentációs és Kutatóintézete Közalapítvány/Institut zur Erforschung der Ungarischen Revolution von 1956 ("56er Institut"), Budapest (Dr. Krisztian Ungvary), Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta Uniwersytetu Wrocławskiego/Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europa-Studien an der Universität Wrocław (Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz) und der Fundacja Polsko-Niemieckie Pojednanie/Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung, Warschau (Ewa Gołota).

### III. Wissenschaftlicher Beirat

Aufgabe des Wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätte ist es, Empfehlungen für die Entwicklung und Nutzung der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 auszusprechen und die Arbeit der Gedenkstätte zu unterstützen.

Der Wissenschaftlichen Beirat könnte sich aus den Leitern bzw. von diesen benannten oder von dem Träger der Gedenkstätte ernannten Vertreter/Mitarbeiter folgender Einrichtungen angehören

- Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
- Universität Potsdam, Historisches Institut, Arbeitsstelle Medizingeschichte
- Stiftung Berliner Mauer
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand
- Stiftung Topographie des Terrors
- Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/Abteilung Bildung und Forschung
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv
- Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
- Fördergemeinschaft Lindenstraße 54
- Verein zur Förderung der Schülerprojektwerkstatt e.V.
- Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft
- Verband der Opfer des Stalinismus
- Verband der Verfolgten des Nazi-Regimes

Landesregierung und Landeshauptstadt verständigen sich im Laufe des Jahres 2012 über die konkrete Zusammensetzung.

Vertreter der Träger der Gedenkstätte und der Leiter der Gedenkstätte nehmen als Gäste ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirates teil.

Aufgaben und Kompetenzen des Wissenschaftlichen Beirats werden durch eine Satzung geregelt.

## IV. Betreibermodell

Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 ist gegenwärtig dem Potsdam-Museum organisatorisch und auch inhaltlich zugeordnet. Sie ist damit Teil der Stadtverwaltung Potsdam als Bestandteil des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport (2). Die Aufgabenerfüllung erfolgt im Rahmen freiwilliger kommunaler Aufgaben.

Es stellt sich die Frage, welche Organisationsform bzw. welches Trägermodell für die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 geeignet scheint, um eine gemeinsame Finanzierung durch die Stadt Potsdam und das Land Brandenburg zu ermöglichen sowie eine höhere Selbstständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen.

Für die Landeshauptstadt Potsdam scheiden die Möglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung nach § 91ff. der Brandenburgischen Kommunalverfassung – also Eigenbetriebe, Eigengesellschaften oder Anstalten öffentlichen Rechts – aus. Aufgrund des gering geplanten Personalbestandes und des zu erwartenden Geschäftsumfanges erscheint der damit verbundene Aufwand zu hoch.

Die Landeshauptstadt Potsdam präferiert daher ein Stiftungsmodell.

### IV.1. Prüfung des Trägermodells

Zu den unselbstständigen Stiftungen finden sich im BGB zwar keine ausdrücklichen Regelungen; es gilt jedoch für sie das allgemeine Zivilrecht. Diese Art der Stiftung zeichnet sich durch Folgendes aus:

- keine jur. Person und rechtlich nicht selbstständig,
- Basis: Vertrag zwischen Stifter und Treuhänder,
- Errichtung durch Stiftungsgeschäft,
- Anerkennung durch Stiftungsbehörde nicht erforderlich,
- steuerliche Behandlung wie rechtsfähige Stiftung,
- Stiftungskapital wird auf den Treuhänder übertragen,
- Treuhänder muss Stiftungsvermögen getrennt von eigenem Vermögen verwalten (s. auch § 86 Abs. 1 Nr. 2 BbgKVerf),
- Treuhänder verwaltet Vermögen entsprechend Satzung,
- Treuhänder haftet dem Stifter für Verletzungen des Treuhandvertrages,
- Treuhänder vertritt die Stiftung im Rechtsverkehr,
- kein Mindestvermögen (i. d. R. kleines Stiftungsvermögen ausreichend je nach Zweck),
- kein Anerkennungsverfahren nötig; treuhänderische Stiftung unterliegt nicht der staatlichen Stiftungsaufsicht,
- FA prüft Anerkennung der Gemeinnützigkeit und die Mittelverwendung.

Da die rechtlich unselbstständige Stiftung keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, kann sie nicht selbst Trägerin von Rechten und Pflichten sein. Mangels Rechtsfähigkeit kann sie nicht selbst Personal einstellen oder als Veranstalter auftreten, was ihre eigenständigen Möglichkeiten einschränkt. Die rechtlich unselbstständige Stiftung hat jedoch den Vorteil, dass sie die vielfältigen Servicefunktionen ihrer Treuhänderin – z.B. der Stadtverwaltung Potsdam – nutzen kann.

Für die Errichtung einer unselbstständigen Stiftung „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55“ wäre ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung notwendig. Danach ist kein weiteres Anerkennungsverfahren erforderlich.

Das Stiftungskapital kann immer durch Zustiftungen erhöht werden. Eine solche unselbstständige Stiftung wäre jederzeit in eine rechtlich selbstständige Stiftung überführbar, soweit dafür die Rahmenbedingungen, die sich aus dem BGB und dem Brandenburgischen Stiftungsgesetz ergeben, erfüllt sind.

Die rechtlich selbstständige Stiftung kann eigenes Personal einstellen und als Veranstalter fungieren. Bei rechtlich selbstständigen Stiftungen sind u. a. jedoch die Genehmigungs- und Kontrollrechte der Stiftungsbehörde/Stiftungsaufsicht (MI), die Mindestkapitalausstattung u.v.m. zu beachten.

Derzeit kann nicht abschließend beurteilt werden, ob die Einrichtung einer örtlichen Stiftung (rechtlich selbstständig oder rechtlich nicht selbstständig) für die zukünftige Ausrichtung der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 die beste Lösung ist. Hierzu sollten weitere Prüfungen und Untersuchungen durchgeführt werden.

Folgende Organisationsstrukturen/Trägerformen sollten daher detaillierter untersucht werden:

- rechtlich unselbstständige Stiftung / Treuhänder LHP,
- rechtlich selbstständige Stiftung,
- externer Träger(verein), der die rechtlich unselbstständige Stiftung verwaltet,
- Einbettung in das bestehende Brandenburgische Gedenkstättenstiftungssystem/  
rechtlich unselbstständige Stiftung/ Treuhänder Brandenburgische  
Gedenkstättenstiftung (analog Leistikowstraße) / Nutzung von Synergien.

Alle Vorschläge und Einzelheiten dieses Konzeptentwurfs stehen unter dem Vorbehalt einer endgültigen Prüfung. Es ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg mit dauerhaften jährlichen Zuwendungen eine Stiftung „Gedenkstätte Lindenstrasse“ unterstützen müssten. Die Erlöse aus einem Stiftungsvermögen wären nur symbolischer Art. Die zukünftig gleichrangig gedachte Finanzierung setzt die Bildung eines Aufsichtsgremiums voraus, das paritätisch von Stadt und Land besetzt wird. Dieses Gremium beruft und beaufsichtigt die Geschäftsführung, erlässt Richtlinien und fällt Entscheidungen mit großer finanzieller Tragweite.